Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 50 Pfg. Reklamezeile 100 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 6,00 Mk. und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 20 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 11 | Dienstag, den 25. Januar 1921 | 60. Jahrg

Weltmarkt-Krisis.

Die ungeklärten und ungesunden, ja direkt unnatürlichen Verhältnisse, die sich nach dem Weltkriege einstellten, beginnen sich zu rächen. Die Lage war schon geraume Zeit scharf zugespitzt, sie wird jetzt drohend. Die internationale Spekulation, die die durch die Kriegszeit schon so hart mitgenommene Menschheit noch wie eine Zitrone auspressen wollte, hat den Bogen überspannt, es ist soweit, daß er brechen muß, wenn keine anderen Seiten im Geschäftsverkehr aufgezogen werden. Wie und in welcher Form das bewerkstelligt werden soll, läßt sich allerdings nicht so schnell entscheiden. Nur soviel steht fest, daß etwas geschehen muß, wenn nicht aus der schleichenden Krisis eine plötzliche Katastrophe werden soll.

Es war schon gegen Ende des Weltkrieges erkennbar geworden, daß in den verschiedensten Ländern, die nicht vom Kriege in direkte Mitleidenschaft gezogen waren, große Warenmengen angehäuft waren, die bei Wiedereintritt des Friedens mit größtem Nutzen an den Mann gebracht werden sollten. Aber die Etablierung des Friedens gestaltete sich viel langsamer, als erwartet worden war, und die Völker erwiesen sich auch viel weniger kaufkräftig, als die Spekulanten erwartet hatten. So mußte es dahin kommen, daß die gehamsterten Waren nicht abnahmen, sondern sich immer weiter vermehrten. Als erschwerend trat dann der Valutasturz ein, der besonders auch das früher so kaufkräftige Deutschland zu äußerster Zurückhaltung zwang. Endlich machten sich noch die Kriegssteuern überall, selbst in England und Amerika, bemerkbar, so daß selbst bemittelte Personen die Freude am Kaufen verloren. Der unvermeidliche Schluß war, daß die Waren und Fabrikate als nicht absatzfähig mit einem Zinsenkonto belastet wurden, das die Gewinnchanzen auf einen tiefen Stand herunterdrückte. Die Krisis war da.

Sie wird heute nicht nur auf dem Warenmarkt, sondern auch auf dem Geldmarkt, an den Börsen, empfunden, und endlich in der Industrie, in der wegen der Absatzstockung sich die Arbeitslosigkeit steigert.

Das Schlagwort von heute, das der Krisis ein Ziel setzen soll, heißt, „Hebung des Geschäftsverkehrs durch Herabsetzung der Preise". Es wurde auch schon mit der Verwirklichung begonnen, ohne aber bisher große Erfolge gezeitigt zu haben. Denn der letzte Abnehmer, das große Publikum, steckt in hohen Geld- und Steuernöten und steht noch vor größeren Sorgen. Die junge Welt, die sich um die Leiden des Tages keine grauen Haare wachsen läßt, ist für das Geschäftsleben nicht maßgebend, sie kann nur Episoden gestalten, aber keine dauernde Konjunktur schaffen.

Im Auslande, namentlich in Amerika und England, ist die Gefahr einer Weltmarktkatastrophe deutlicher als bei uns erkannt worden, dort schiebt man alle Theorien beiseite und rechnet nur mit den Lehren des praktischen Lebens, wie es einst war und wie es wiederkommen muß.

Die heutige große Absatzstockung hat eine Vorgängerin in derjenigen von 1890, die freilich nur die Ueberproduktion und keine übertriebenen Preise zur Ursache hatte. Aber sie lehrt doch für heute so viel, daß Angebot und Nachfrage als Wirtschaftsgrundsätze nicht auszuschalten sind. Für uns sind sie ungeheuer wichtig, denn, wenn das Ausland wegen Absatzmangels möglichst billig verkaufen muß, so werden wir konkurrenzunfähig, die Leistungen für die Reichsausgaben und für die Reichssteuern müssen dann zusammenschrumpfen wie eine getrocknete Pflaume. Amerikaner und Engländer schränken ihre Unkosten ein, weil sie erkennen, daß sie nicht durch die Wand hindurch können. Wir können die Preise nicht sofort abbauen, damit die Kaufkraft steigt. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, wird auch die Steuerschraube quietschen, weil sie sich nicht mehr drehen läßt. Wir sprechen soviel von sozialer Fürsorge. Die beste Fürsorge bleibt aber immer noch ein satter Magen, und der wird durch die allgemeine Krisis bedroht.

Wm.

Valuta und Weltmarktpreise.

Sinken der Getreidepreise in Amerika.

Die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats schreibt in ihrem Bericht über die letzte Woche: Die Valuta-Verhältnisse spielten auch in der verflossenen Woche in Amerika wie am gesamten Weltmarkt eine besondere Rolle: die Besserung der Mark und des Pfund Sterling hatte drüben, wenn auch unter Schwankungen noch weitere Fortschritte gemacht. Ob dadurch die Anschaffungen Deutschlands noch weiter verstärkt wurden, ist nicht bekannt. Die Weizenpreise gingen in Neuyork für Lokoware im Laufe der Berichtswoche etwas zurück.

Von Argentinien liegt die erste amtliche Schätzung seiner neuen Ernte vor, die für Weizen unerwartet viel geringer ist, als in 1919-20. In England glaubt man in Handelskreisen diese niedrigen Schätzungen anzweifeln zu dürfen, man nimmt wohl an, daß dadurch eine Anregung für die noch mangelnde Ausfuhrfrage gegeben werden soll. Auch die erste Uebersicht der neuen australischen Weizenernte wird diesmal gemeldet, die gegenüber der vorjährigen Weizenernte diesmal das Dreifache an Weizen schätzt. Die diesjährige Ausfuhrtätigkeit Australiens wird hoch geschätzt.

Preisnotierungen.

Getreidenotierungen in M. je To., umgerechnet zu dem jeweiligen Wechselkurse. Die Zahlen in Klammer geben in M. das Steigen (+) bezw. Sinken (—) der Preise im Vergleich zur Vorwoche an.

Chicago, den 18. Januar: Weizen März 3986 (— 701), Weizen Mai 3795 (— 62), Mais Mai 1700 (— 367).

Berlin, 20. Januar. Mais loko frei Kaiwaggon Hamburg Januar 151 (—8), Februar-März 147 (—11). März-April 147.

Kartoffelpreise der Notierungskommissionen. Erzeugerpreise für Speisekartoffeln in M. je Ztr. ab Verladestationen.

Berlin, 18. Januar: weiße, rote und gelbe 38—40; Hamburg, 20. Januar. weiße und rote 40—46, gelbe 46 bis 50; Magdeburg, 10. Januar: weiße 36—38, rote 34 bis 37, gelbe 38—40; Hannover, 17. Januar: Infolge Witterung kein nennenswerter Umsatz; Preise nominell 38—40; Breslau, 20. Januar: Speisekartoffeln 34, unverlesene 24.

Rußland und wir.

Reichsminister Dr. Simons über unsere Beziehungen zu Rußland.

Auf eine Interpellation der Unabhängigen hielt am Freitag der deutsche Minister des Aeußeren Dr. Simons eine sehr bemerkenswerte, grundlegende Rede, die die Verhältnisse zwischen uns und Rußland sachlich, eingehend und klar, ohne jede Leidenschaft auseinandersetzte.

Der Minister stellte fest, daß es für Deutschland eine Lebensfrage ist, in geregelte wirtschaftliche und politische Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar zu kommen. Aber nicht unsere Schuld ist es, daß dem nicht so ist. Zunächst bieten die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands ein Haupthindernis: Das heute in Rußland herrschende System hat auf wirtschaftlichem Gebiet vollkommen versagt. Rußland ist nicht mehr in der Lage, in einen Warenaustausch mit dem Ausland zu treten, weil es dem Ausland nicht die geringste Sicherheit für eine Gegenleistung zu bieten vermag. Die gigantischen russischen Aufbauprojekte, die den Minister nach seiner Rückkehr von Spa zu seinem bekannten optimistischen Urteil über Rußlands Wiederaufbau veranlaßt hatte, sind auf dem Papier geblieben.

Ferner hindert die Entente durch ihre Blockade- und Randstaatenpolitik gewaltsam die Verbindung Rußlands mit Europa. Das Schwarze Meer und die Ostsee sind abgesperrt, zwischen Deutschland, dem einzigen, naturgemäßen Durchgangsland zwischen Rußland und dem Westen, und Rußland sind durch die Bildung der Randstaaten künstliche Barrieren geschaffen. Mit dem wichtigsten Randstaat, Polen, können wir zu keiner wirtschaftlichen Verständigung kommen, solange die Polen uns Deutschen soviel politische Schwierigkeiten, besonders solange sie Gewaltabsichten für Oberschlesien hegen. Dennoch hält der Minister eine Verständigung und Beseitigung der Schwierigkeiten für möglich.

Weitere Hindernisse eines Wirtschaftsverkehrs zwischen Deutschland und Rußland sind einmal der völlige Zusammenbruch des russischen Transportsystems, zum andern aber die in Rußland herrschende kommunistische Wirtschaftsweise, die den Privathandel gänzlich verbietet, und den wirtschaftlichen Verkehr deutscher Privatfirmen oder gewerkschaftlicher Unternehmungen mit Rußland große Schwierigkeiten bereitet.

Sehr starke Hemmnisse liegen im diplomatischen Verhältnis beider Länder zu einander. Durch den Vertrag von Brest-Litowsk haben wir die Sowjet-Regierung anerkannt, durch die Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach im Juli 1918 sind die Beziehungen aber wieder unterbrochen. Die russische Regierung hat uns hierfür bis jetzt noch keine Genugtuung gegeben, sondern auf unsere Bemühungen stets ausweichend oder gar nicht geantwortet. Die Art, wie die russischen Vertreter in Deutschland (siehe Sinowjew und Losowsky) regierungsfeindliche politische Propaganda treiben, ist ein Mißbrauch des Gastrechts, das wir nicht dulden können.

Dagegen haben die Regierenden in Rußland es durch allerlei Schwierigkeiten verhindert, daß auch nur eine einzige deutsche technische Kommission nach Rußland hineinkam, die einzig und allein die Möglichkeit der Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen beider Länder prüfen und fördern sollte.

Voraussetzung für die Verstärkung des Warenaustausches beider Länder ist, daß Rußland mehr Gegenwerte liefert, daß das russische Verkehrswesen verbessert wird, daß der ganze Osten aufhört, ein ständiger Kriegsschauplatz zu sein, daß der Frieden im Osten nicht durch dauernde politische Treibereien gestört wird, daß die bolschewistische Propaganda in Deutschland, wie sie noch jetzt z. B. in den Interniertenlagern heftig betrieben wird aufhört.

Doch wir brauchen uns nicht zu beeilen, das Geschäft mit Rußland unter Dach und Fach zu bringen, damit uns keine andere Macht zuvorkommt. Keine Macht wird solche Verhandlungen ohne Deutschland durchführen können, ohne deutsche Arbeit wird niemand mit Rußland fertig. Allerdings darf der deutsche Boden kein Aufmarschgebiet von Gewaltmaßnahmen gegen die russische Regierung sein. Es ist weder unsere Aufgabe, die Sowjetregierung zu stürzen, noch sie zu stützen. Wir müssen nur dafür sorgen, daß das russische Volk mit dem unseren aus dem wirtschaftlichen Elend herauskommt. Um die innerpolitischen russischen Verhältnisse kümmern wir uns nicht, das gleiche fordern wir von der russischen Regierung uns gegenüber. Wenn jeder sich politisch in seinen Grenzen hält, können wir uns die Hand reichen.

Polens Rüstungen.

Der polnische Aufmarsch an der deutschen Ostgrenze.

Der „Ostpreußischen Zeitung" wird von bestunterrichteter Seite über den polnischen Aufmarsch noch das folgende gemeldet:

An den deutschen Grenzen sind zwei Hauptgruppen im Aufmarsch begriffen, die eine gegen Ostpreußen, die andere gegen Oberschlesien. Die ostpreußische Hauptgruppe besteht aus zwei Untergruppen, von denen die eine im Korridor, die andere an der ostpreußischen Grenze im Raume Grajewo—Lyck versammelt wird. Die Korridorgruppe besteht aus der 16. westpreußischen Division, Teilen der 8. Division, der sibirischen Brigade und einem höheren Kavallerieverband. Die 11. Haller-Division soll im Anrollen sein. Nach ihrem Eintreffen wären somit im Korridor 3¼ Divisionen und ein höherer Kavallerieverband in einer Gesamtstärke von mindestens 55000 Mann versammelt. An der Ostgrenze Ostpreußens stehen die 2 Legionsdivisionen, die 4. und 20. Division sowie die 1. und 8. Kavalleriebrigade in einer Gesamtstärke von mindestens 45 000 Mann.

Die schlesische Hauptgruppe besteht anscheinend aus drei Untergruppen, von denen die eine im Südteil der Provinz Posen, die 2. an der Ostgrenze und die 3. an der Südgrenze Oberschlesiens versammelt wird. Die Posener Untergruppe besteht aus der 14., 15. und 17. großpolnischen Division und zwei Reservebrigaden zu drei Regimentern. Kavallerie ist im Anrollen. Im Ganzen dürften demnach 56—60 000 Mann der besten und kriegstüchtigsten polnischen Truppen bereit stehen. An der Ostgrenze Oberschlesiens sind die 1. und 3. Legionsdivision, die 6. und 21. Division in einer Gesamtstärke von mindestens 50 000 Mann versammelt, während an der Südgrenze die polnische Gorska-Division in voller Stärke, die 5., 7., 10. und 13. Division mit Teilen festgestellt worden sind.

Außer diesen regulären Divisionen, deren Gesamtstärke mit fast 280 000 Mann angenommen werden kann, sind noch irreguläre Truppen sowohl in Westpreußen, Posen wie in Oberschlesien in der Aufstellung begriffen. Den Oberbefehl über die gesamten an den deutschen Grenzen versammelten Truppen führt der bekannte General Haller, dessen Stab sich in Krakau befindet. Die Führer der verschiedenen Untergruppen sind angeblich in Oberschlesien-Süd General Latinik, Oberschlesien-Ost General Berbecki, Posen General von Raczewski, Korridor General Skuzynski und Ostpreußen-Ost General Januszaitis.

Polnische Dementierversuche.

Diese Meldung bringt nur eine Bestätigung von zahlreichen anderen, von einander unabhängigen und dennoch einander bestätigenden Pressemeldungen von der gesamten deutschen Ostgrenze, die ja auch von den deutschen amtlichen Stellen als zutreffend bezeichnet worden sind. Das Bekanntwerden dieser polnischen Pläne scheint in Warschau ziemlich berührt zu haben, man fühlt sich scheinbar noch nicht sicher und läßt die Dementiermaschine los. Doch sind alle polnischen Dementis, jetzt gibt auch die Berliner polnische Gesandtschaft etwas heraus, mehr als lendenlahm die Hauptsache, nämlich die Tatsache von umfangreichen Truppenbewegungen, leugnen sie nicht ab. Die Bewegungen sollen aber nicht mit Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland zusammenhängen, sondern Demobilmachungsmaßnahmen sein. Es ist aber doch mehr als unwahrscheinlich, daß so starke polnische Truppen, deren Mannschaften größtenteils aus ganz anderen Gegenden des Reiches stammen, ausgerechnet an der oberschlesischen Grenze demobilisiert werden. Die Dementis sind ja auch hauptsächlich für die „Schutzmächte" Oberschlesiens bestimmt, bei deren bekannter „Unparteilichkeit" sie wohl auch die beabsichtigte Wirkung haben werden. Uns Deutsche hat aber leider die Erfahrung gelehrt, daß solche polnische Dementis auf demselben Niveau stehen wie die polnische Valuta und die polnische Wirtschaft.

Paris und Brüssel.

Das Programm der Pariser Konferenz.

Ueber die Gegenstände, die auf der Pariser Konferenz verhandelt werden, schreibt „Daily Chronicle", nach Beschluß des Londoner Kabinetts die Frage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119210125-13/fragment/page=0001
DFG

der Entwaffnung den ersten Gegenstand der Sitzung bilden wird. Der Vorschlag, daß Deutschland für die nächsten fünf Jahre eine jährliche Entschädigung von 3 Milliarden Goldmark zahlen soll, sei keine Tilgung der Gesamtschuld. Die Pariser Konferenz werde sich nur mit diesen Ratenzahlungen befassen.

Die Gesamtsumme Aufgabe der Brüsseler Konferenz.

Die Festsetzung der Gesamtentschädigung sei die Aufgabe der vertagten Brüsseler Konferenz, die nach der Pariser Konferenz, voraussichtlich in der ersten Februarwoche, zusammentreten werde.

„Daily Telegraph" sagt zu dem gleichen Thema, daß der Bericht, den die Sachverständigen der alliierten Mächte auf der Brüsseler Konferenz dem Obersten Rate über die Entschädigungsfrage vorlegen werden, nur ein vorläufiger sei, obgleich es die Deutschen gern sehen möchten, daß der Oberste Rat schon jetzt die ganze Entschädigungsfrage aus den Händen der Sachverständigen nähme. Dennoch werden die Sachverständigen demnächst zusammentreten, um ihre Aufgabe zum logischen Ende zu bringen, d. h. indem sie die Gesamtziffer der Entschädigung feststellen.

Lloyd George schließt sich Briands Standpunkt an.

„Daily Expreß" meldet, Lloyd George habe sich sehr anerkennend über die Rede Briands ausgesprochen. Frankreich sei irgend welchen Zugeständnissen an Deutschland, sowohl in der Entwaffnungs-, als auch in der Reparationsfrage ausgesprochen feindlich gesinnt. Man erwarte jedoch in London zuversichtlich, daß keinerlei ernstliche Differenzen entstehen werden.

In der Entwaffnungsfrage werde der erste Schritt eine Note an Deutschland sein, in der eine Fristgrenze festgesetzt werde. Frankreich werde vielleicht eine kürzere Zeitspanne, als die britischen Delegierten wünschen, fordern. Es werde jedoch nicht schwierig sein, mit Bezug auf die Zeitpunkte eine Ausgleichslinie zu finden. Es bestehe aller Grund zu der Annahme, daß die Alliierten den Vorschlag der Kommission, Deutschland fünfjährliche Zahlungen von hundertundfünfzig Millionen Pfund Sterling aufzuerlegen, annehmen werden.

Die letzte Gelegenheit zu einer Einigung?

Demnach scheint England sich wieder stark dem französischen Standpunkt genähert zu haben. Das offiziöse Reuterbüro schlägt schon seit einiger Zeit ganz in die Kerbe Frankreichs. So stellt es in einer seiner letzten Auslassungen fest, daß mit Bezug auf die Anwesenheit Bergmanns und der deutschen Finanzsachverständigen in Paris in Verbindung mit der Premierminister-Konferenz in britischen maßgebenden Kreisen erklärt wird, daß die Deutschen sich darüber klar werden müssen, daß dies die letzte Gelegenheit sei, den Alliierten ihren eigenen Deklarationsplan vorzulegen. Die Alliierten verlangen nichts Unvernünftiges (!), sie haben in der Tat bereits große Zugeständnisse gemacht. Zweifellos werden die Deutschen das verstehen und einsehen, daß, wenn nichts geschieht, die Regelung über ihren Kopf hinweg erreicht werden wird.

Also eine offenbare Drohung mit der alten, uns seit langem wohlbekannten Diktatpolitik. Deutschlands Vorschläge sind bekanntlich da, die dabei gemachten Vorbehalte sind aber von Frankreich wie auch von Reuter für unannehmbar erklärt worden. Deutschland kann aber auf diese Vorbehalte nicht verzichten. Es ist also die Entente, die keine friedliche Einigung will. Ob sie aber mit Gewalt und Raub mehr erreichen wird, als auf dem Wege der Einigung?

Deutsches Reich.

+ **Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs hat Deutschland** sich bekanntlich bereit erklärt, tatkräftig mitzuhelfen. Dadurch würde Deutschland eine Entschädigung in Material und Arbeit leisten, eine Entschädigung, die es tatsächlich leisten könnte und die auch den Wiederaufbau mehr als alle Zahlungen fördern würde. Diese Art der Entschädigung lehnen die Franzosen aber ab, sie wenden sich entschieden dagegen, daß deutsche Unternehmer, Ingenieure und Arbeiter beim Wiederaufbau Frankreichs tatkräftig mithelfen. Das zeigt deutlich, daß es den Franzosen nicht so sehr auf Wiederaufbau ankommt, sondern auf die Auspressung Deutschlands.

° **Die Vorbereitung der neuen Steuern.** Zum Zweck der Deckung der durch die Erhöhung der Beamtengehälter entstandenen Kosten, sind mehrere Steuervorlagen in der Ausarbeitung begriffen. In erster Linie handelt es sich um die Erhöhung der Posttarife. Die Erhöhung der Eisenbahntarife, die eine reine Verwaltungssache ist, und die einer gesetzlichen Regelung nicht bedarf, wird ebenfalls in kurzer Zeit zu erwarten sein.

° **Gegen die Wucherer im deutschen Reichstag.** Im Reichstag will man jetzt schärfer gegen die Redewut vorgehen. Die kleinen Anfragen sollen nur noch schriftlich beantwortet werden, für die Interpellationen, die gleichfalls eingedämmt werden sollen, soll ein besonderer Wochentag festgesetzt werden. Allgemeine politische Debatten sollen bei diesen wie bei den Anfragen nicht mehr stattfinden. Außerdem soll die sog. zweite und dritte Lesung garnicht abgeschafft werden, zu jeder Sache soll nur eine Rednerreihe zugelassen werden. Mit diesen Maßnahmen sollen der Reichstag wirklich einem Bedürfnis nach.

° **Die deutschen Seeleute für Schwarz-weiß-rot.** Der deutsche Seefahrtsausschuß nahm auf seiner letzten Tagung in Hamburg folgende Entschließung an: Unter der ihm durch seine Satzungen auferlegten Zurückstellung aller politischen, insbesondere parteipolitischen Gesichtspunkte, steht der deutsche Seeschiffahrtsausschuß, als der berufenen Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der deutschen Seeschiffahrt einmütig auf dem Standpunkt, daß im Interesse der deutschen Seeschiffahrt die Beibehaltung der alten deutschen Handelsflagge dringend zu wünschen ist. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Gründe, die zur Aenderung der früheren Flagge geführt haben, im Auslande irgendwie richtig verstanden werden. Bei der Wiederaufnahme der deutschen Seeschiffahrt hat gerade das Wiedererscheinen der alten schwarz-weiß-roten Flagge gezeigt, welche Kraft ihr eigen ist durch die Freude, die sie bei den Deutschen in Ueberfee, bei der Bevölkerung und in der Presse der neutralen Länder hervorgerufen hat, und durch die Achtung, mit der sie in den bisher feindlichen Ländern aufgenommen wurde.

° **Verbot der Technischen Nothilfe im Rheinland.** Nach einer Verlautbarung im „Echo du Rhin" hat die Interalliierte Rheinlandkommission in ihrer Sitzung am 18. Januar beschlossen, die Einrichtung einer Technischen Nothilfe im besetzten Gebiet angesichts des allgemeinen Charakters dieser Einrichtung abzulehnen, deren Betätigung durch ein Berliner Zentralbureau erfolgen und so der Kontrolle der Besatzungsbehörden entzogen sein würde.

Kleine politische Nachrichten.

° Schwerin. Die Neuwahlen zum Landtag, dessen Auflösung auf Grund des deutschnationalen Antrages mit der größten Wahrscheinlichkeit erwartet wird, werden für den 13. März bereits vorbereitet.

° Königsberg. Der ostpreußische Generallandtag hat den Landesökonomierat Scheu als Nachfolger Kapps zum Generallandschaftsdirektor gewählt.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 24. Januar 1921.

‡ **Die Maschen des neuen Umsatzsteuergesetzes** sind so eng gezogen, daß es wirklich schwer wird, durchzuschlüpfen, wenn die Bestimmungen rigoros gehandhabt werden. Die Vorschrift, daß Warenumsätze auch dann zu besteuern sind, wenn dabei kein Gewinn erzielt wurde, schließt auch jede private Veräußerung, die aus Gefälligkeit stattgefunden hat, ein. Es gehört also dazu auch die Abgabe von Waren, die jemand für Freunde und Bekannte bezogen hat. Wer im letzten Jahre aus seinem Garten Obst und Gemüse an andere Leute für Geld abgegeben hat, ist umsatzsteuerpflichtig. Es ist wohl beim besten Willen nicht möglich, daß über alle solche Verkäufe Buch geführt werden kann und daß danach die Umsatzsteuer durchzuführen ist.

— **Verzinsung von Anzahlungen auf die Umsatzsteuer.** Der Herr Reichsfinanzminister hat bestimmt, daß den nach § 11 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes steuerpflichtigen Personen, die auf ihre Umsatzsteuerschuld für das Kalenderjahr 1920 Anzahlungen leisten, diese Anzahlungen bis zur Fälligkeit, spätestens — bei noch nicht erfolgter Veranlagung — bis zum 31. März 1921 verzinst werden. Die Zinsvergütungen betragen für Anzahlungen, die bis zum 31. Januar 1921 bei der Umsatzsteuerkasse eingehen, 6 Prozent. Beträge, die später eingehen, werden mit 5 Prozent verzinst. Eine Vergütung von Zinsbeträgen unter 5 Mk. findet nicht statt. Anzahlungen für die Stadt Weißenfels nimmt die Stadtsteuerkasse, für den Landkreis Weißenfels, ohne die 5 Städte, die Finanzkasse Weißenfels Friedrichstraße 23, entgegen. Die Steuerpflichtigen werden bei Bemessung der Anzahlungen von den Beträgen ausgehen können, die sie in ihren Steuererklärungen, die jetzt im Januar abzugeben sind, angeben.

— **Umsatzsteuer.** Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die Umsatzsteuererklärungen bis spätestens 31. Januar einzureichen sind. Wer dieser Vorschrift nicht nachkommt, hat Bestrafung zu gewärtigen.

— In einer von mehreren wirtschaftlichen Vereinigungen Teucherns für ihre Mitglieder einberufenen Versammlung (eine Protestversammlung, wie von anderer Seite berichtet wird, war die Zusammenkunft nicht) sprach Amtssekretär a. D. Müller, Halle über die neue Einkommensteuer für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft. Der Redner erläuterte die Steuer in ihren wesentlichsten Teilen. Er ist der Meinung, daß ein jeder wohl jeder zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sei, da schon ein Einkommen von 3000 Mark die Steuererklärung vorschreibe. Des Weiteren verbreitete sich der Referent über die verschiedenen gesetzlich gestatteten Abzüge vom Einkommen, bei Hausbesitz, im Gewerbebetrieb, Abnutzung und Abschreibung, Steuern, Diebstahlsverluste, Geschäftsunkosten usw. Als Hauptbedingung einer richtigen Einschätzung bezeichnet er den ordnungsmäßigen Jahresabschluß auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung. Es genüge für nicht eingetragene Firmen eine einfache übersichtliche Buchführung. Beim Nichtvorhandensein einer solchen erfolge Einschätzung seitens des Finanzamtes, wobei meistens eine Ueberschätzung erfolge. Redner führte mehrere Ungerechtigkeiten des Einkommensteuergesetzes an. So müsse bei einem plötzlichen Verluste des Einkommens resp. Besitzes oder Abscheidens des Geschäftsinhabers der volle Steuerbetrag bis zum Schluß des Steuerjahres bezahlt werden. Der Referent hat die Ueberzeugung, daß die meisten in der letzten Zeit gesch[illegible] neuen Steuern auf eine Vernichtung des werktätigen Mittelstandes zugeschnitten sei n. Ein Verdienst werde restlos weggesteuert, an irgendwelche Rücklage für das Alter sei nicht mehr zu denken. Für den Arbeiter und Beamten werde gesorgt, jedoch der werktätige Mittelstand sehe einem trostlosen Lebensabend entgegen. Ein Zusammenschluß aller in Frage kommenden Bevölkerungskreise sei unbedingt nötig. Bei dem Vortrag über die Gemeindesteuern kam Herr Müller auch auf die von den hiesigen städtischen Behörden beschlossenen hohen Zuschläge zu den Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern zu sprechen. Er hält diese Zuschläge, die eine Enteignung des Grundbesitzes bedeuten, für unzulässig. „Für die Festsetzung der Zuschläge seien noch die bisherigen Bestimmungen maßgebend, nach denen für Reichssteuern Zuschläge nur in gleicher Höhe zu nehmen seien. Bevor die behördliche Genehmigung dieser Zuschläge nicht eingegangen sei, brauche niemand zu zahlen. Es sei an alle vorgesetzten Behörden begründeter Einspruch einzureichen. Der Entwurf des Einspruchs wurde sofort verfaßt und vorgelesen. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis damit. Hinsichtlich des Umsatzsteuergesetzes ist zu bemerken, daß dieses keinerlei Ausnahme gestattet. Alle Einnahmen müssen restlos versteuert werden. Für Arbeitsleistungen aus dem Jahre 1919, die erst 1920 bezahlt werden, ist nur einhalb Prozent Umsatzsteuer zu entrichten.

— Der Landwirt Schl. aus Lagnitz wurde dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Er ist dringend verdächtig, in der Nacht von Donnerstag zu Freitag v. W. den Versuch gemacht zu haben, die Scheune des Oekonomen Blum, der sich mit seiner Familie auf einer Flüchtlingsstelle in Teuchern befand, in Brand zu stecken. Nur durch Zufall wurde das Feuer bemerkt und konnte ein Weiterfressen verhütet werden.

= Im Auftrage der **Vortragsvereinigung** Teuchern spricht am nächsten Mittwoch den 26. ds. Mts. abends 8 Uhr im Gasthof z. Löwen in Teuchern Herr Georg Casperson aus Moskau über das Thema: „Von Nikolaus zu Lenin" Herr Casperson ist besonders geeignet über russische Verhältnisse zu sprechen, weil er gebürtiger Balte ist, und seine Erziehung in russischen Schulen genossen hat. Er war in Moskau als Lehrer an einer russischen Schule angestellt, die im Laufe der Revolution sozialisiert wurde. Während seines Aufenthalts in Moskau lernte er die führenden Männer des Sowjets kennen. Später ging er nach Petersburg, wo er als Hafenarbeiter beschäftigt war. Im Frühjahr 1920 hat er Rußland verlassen. In seinem Vortrag sucht Herr Casperson die Grundlagen der Entwicklung der russischen Revolution darzustellen. Er betrachtet die Revolution im Rußland vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus. Ausdrücklich hervorzuheben ist, daß der Vortrag sich jeder Parteipolitik enthält.

° **Als Privaturkundenfälschung** wurde in Hall (Württ.) von der Strafkammer die Aufgabe eines Inserats im Gerabronner „Vaterlandsfreund" mit gefälschter Unterschrift gewertet und der Einsender mit einer Woche Gefängnis bestraft.

Naumburg, 21. Jan. Das herrenlose Panzerauto, das am 7. d. Mts. von der Besatzung am Eingange des Dorfes Klosterhäseler verlassen worden war, wurde hier von Reichswehrsoldaten nach Magdeburg verladen.

Halle, 21. Jan. Durch die mutige Tat des Direktors Pfister der Kaligewerkschaft Haigendorf mißlang ein Ueberfall auf die Kasse der Gewerkschaft. Zehn maskierte Räuber drangen abends mit vorgehaltenen Pistolen in das Büro, wo der Direktor mit vier Beamten arbeitete. Direktor Pfister warf sich sofort auf den vordersten der Räuber und suchte ihm die Pistole zu entwinden. Jetzt schoß einer der Banditen und verwundete fast den Direktor seinen Kameraden am Kopfe. Darauf ergriffen die Räuber die Flucht und wurden von der Belegschaft des Werkes verfolgt. 500 Schritte vom Schacht entfernt fand man einen der Räuber tödlich auf. Mit den anderen entwickelte sich ein scharfes Feuergefecht. Es gelang dem Führer der Gewerkschaft, die Räuber bei Alstedt festzunehmen. Die Räuber sind vielfach vorbestrafte Verbrecher.

Menselwitz, 22. Jan. (Wohnungswünsche der Bergleute.) Wie dem Stadtrat mitgeteilt wurde, wünschen die Bergleute keine Ein- und Zweifamilienhäuser, sondern Häuser mit 3—6 Wohnungen. Außerdem wollen sie nicht im Grubengelände, d. h. nicht neben den ihren Arbeitsstätten, sondern in Menselwitz selber angesiedelt werden.

Leipzig, 20. Jan. (40 000 Mk. geraubt.) Der Kraftwagenführer einer hiesigen Firma wurde im Hausflur eines Grundstückes in einer der belebtesten Straßen der Stadt überfallen und um eine Aktenmappe mit 40 000 Mk. Inhalt beraubt. Er hat Pfeffer in das Gesicht geworfen und einen Tritt in den Unterleib bekommen, so daß er zu Boden stürzte.

Rudolstadt, 20. Jan. Die Typhusepidemie in Schwarza greift weiter um sich. Vergestern wurden 13, gestern 4 neue Fälle von Typhuserkrankung festgestellt, so daß sich die Gesamtzahl der Erkrankten auf 130 erhöht. Weiter ist ein Todesfall zu verzeichnen. Die neue Schule ist jetzt als Lazarett eingerichtet worden. In Schwarza weilende Mitglieder des Reichs-Typhusbekämpfungs-Instituts in Jena kommen zu dem Schluß, daß die Wasserleitung in Ordnung und die Seuche durch diese nicht verursacht worden ist.

Vom Eichsfeld, 21. Jan. (Unglaublicher Leichtsinn.) Bei dem Dorf Lengenfeld u. St. führt eine gewaltige Eisenbahnbrücke. Wiederholt wurden in letzter Zeit Bahnsteine auf die Schienen gelegt, um die Züge in Gefahr zu bringen. Einmal sprang die Lokomotive so hoch, daß sie fast entgleist wäre. Bei der Höhe der Brücke wäre der Absturz eines Zuges eine furchtbare Katastrophe.

Zur Berliner Oberbürgermeisterwahl.

Die Tatsache, daß für Groß-Berlin von der vorhandenen starken sozialistischen Mehrheit nicht der unabhängige Kandidat Dr. Wehl, sondern der kommunale Fachmann Böß, der bisherige Stadtkämmerer, gewählt worden ist, zeigt deutlich, daß die Mehrheitssozialisten sich dem demokratischen Standpunkte anbequemt haben, daß man in der Gemeinde die Aemter nicht nach politischen Machtrücksichten besetzen darf, sondern ausschließlich nach den Gesichtspunkten der fachlichen und persönlichen Eignung. Zwar sucht die Sozialdemokratie ihrer Haltung rein persönliche Beweggründe unterzuschieben. Sie bekennt, daß dem Unabhängigen Wels die Erfahrung und die kommunale Verwaltungspraxis fehle. Aber im Grunde ist das wohl dasselbe. Man darf wohl auch annehmen, daß die Mehrheitssozialisten nunmehr von der Besetzung der Stadtratsposten nach der Parteistücke abkommen werden. Es soll ja kein Stadtrat oder Bürgermeister zurückgewiesen werden, weil er nicht Sozialdemokrat ist, sondern im Gegenteil: die politische Gesinnung ist für die Ausübung eines besoldeten Kommunalbeamten höchst gleichgültig. Nach ihr soll überhaupt nicht gefragt werden, sondern ausschließlich nach der fachlichen Eignung. Nur so können die schwierigen Aufgaben der Gemeinden gelöst werden.

Vermischtes.

Kautsky widerruft sein Urteil in der Schuldfrage.

Berlin, 21. Jan. In den „Mitteilungen der deutschen Liga für den Völkerbund" begrüßt es Generalleutnant z. D. Graf Montgelas, daß Kautsky in seiner Schrift „Delbrück und Wilhelm II" jetzt zugestehe, er habe der deutschen Regierung früher unrecht getan und könne nach Einsicht der Akten seine frühere Ansicht nicht aufrechterhalten, vielmehr: Deutschland habe nicht planmäßig auf den Weltkrieg hingearbeitet und ihn schließlich zu verweiden gesucht.

Das polnische Paradies. Paris, 23. Jan. Die „Chicago Tribune" entwirft ein außerordentlich charakteristisches Bild der Lage in Polen, die viel schrecklicher als jemals seit 1914 sei. In den letzten Tagen stiegen die Lebensmittelpreise neuerdings um 86 Prozent. Der Preis für ein Pfund Brot beträgt 100 Mark, Fleisch kann man sich nur schwer beschaffen. Kohlen gibt es überhaupt nicht und Holz ist schwer zu finden. In Krakau ist die Lage besonders schrecklich. Das Militär mußte in den letzten Tagen einschreiten, um ein amerikanisches Lebensmittelmagazin vor Plünderungen zu schützen. Ein Anzug kostet in Warschau 98 000 Mk., Schuhe 8000 Mk., Hemden 1200 Mk., Strümpfe 400 Mk. Im Bezirk Dombrow ist die Lebensmittelnot so groß, daß die Bergarbeiter mit dem Generalstreik drohen, wenn die Regierung keine Lebensmittel für ihre Familien beschaffen könne.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119210125-13/fragment/page=0002

Verurteilung eines Bürgermeisters. Wegen Unterschlagung wurde in Frankenhausen a. Kyffh. der erste Bürgermeister Fränkel zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er war angeklagt, Zigarren und Zigaretten, die ihm von der Kriegsgefangenen-Zentralstelle im September 1919 für die Heimkehrenden Kriegsgefangenen übersandt worden waren, unterschlagen zu haben. Desgleichen wurde ihm zur Last gelegt, den Erlös eines Vortrages zu gunsten der Kolonialdeutschen, etwa 150 Mk., ferner 28 Mk., die ihm der Armenpfleger als Nachlaß einer im Marienstift gestorbenen Frau übergeben haben will, unterschlagen zu haben. Der mitangeklagte Sohn Fränkels erhielt wegen Diebstahls eine Woche Gefängnis.

Eine Spende Rockefellers für die europäischen Kinder. Paris, 23. Jan. John Rockefeller spendete eine Million Dollar zur Behebung der Kindersterblichkeit in Mitteleuropa.

— **Der neue Posttarif.** Das Porto wird infolge der Gehaltssteigerung der Beamten bedeutend erhöht werden, und wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß eine Postkarte vielleicht gar 50 Pf., ein Brief 75 Pf. kosten wird. Jedenfalls muß der Reichstag alle Anstrengungen machen, die Portosätze so weit wie nur irgend möglich nach unten zu drücken, denn daß diese Verteuerungen eine große Neubesteuerung des gesamten Geschäftslebens bedeuten, liegt auf der Hand. Eigentlich verdient die Maßnahme auch nicht mehr den Namen Portoerhöhung, sondern sie müßte Geschäftssteuer heißen. Der Reichstag muß im allgemeinen und öffentlichen Interesse auch darauf achten, daß der Versand von Zeitungen und geistigen Arbeiten tunlichst billig behalten wird. Die Erhöhung der Eisenbahntarife, die wohl für die Güter am 1. April, für die Personenbeförderung mit Eintritt des Sommerfahrplans in Kraft treten wird, verschärft diese Geschäftssteuer noch. Und dabei haben wir heute schon eine Absatzstockung, welche die Arbeitslosigkeit befördern muß. In England wie in Amerika fallen die Löhne stark.

Deutscher Reichstag.

Die Beziehungen zu Rußland.

Der heutigen Sitzung liegen nicht weniger als 21 kleine Anfragen vor, von denen keine besondere Bedeutung hat.

Dann wird nach einer langen Obstruktionsrede des Kommunisten Plettner das Gesetz über die Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten in 3. Lesung angenommen.

Dann wird eine Interpellation der Unabhängigen, die die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland fordert, besprochen. Abg. Crispien (U. S.) begründet die Interpellation.

Reichsminister des Aeußern Dr. Simons beantwortet die Interpellation in langen, eingehenden Ausführungen über die Verhältnisse zwischen Rußland und uns. Seine Rede gipfelte darin, daß unter den jetzigen Umständen ein wirtschaftlicher Verkehr mit Rußland nicht möglich sei. Es müsse zunächst eine Genugtuung für die Ermordung des Grafen Mirbach geleistet werden. Und ferner müßten sich die Bolschewisten jeder Propaganda enthalten. Wenn jeder Teil sich politisch in seinen Grenzen hält, dann können wir uns wirtschaftlich die Hände reichen.

Aenderungen des Einkommensteuergesetzes.

Das Gesetz über die Betriebsbilanzen, das zunächst vorliegt, geht an einen Ausschuß. Dann wird die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes beraten. Nach dem Einkommensteuergesetz soll das Jahr 1920 doppelt veranlagt werden, die dadurch entstehenden Härten will das neue Gesetz beseitigen.

Der Abg. Keil (Soz.) gibt einen Ueberblick über die Steuerpolitik der letzten Zeit und knüpft hieran eine Polemik gegen die Rechte, auf die der Abgeordnete Helfferich (Dnat.) antwortet, der die Steuerpolitik der Regierung einer scharfen Kritik unterzieht.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth antwortet auf Einzelheiten der Angriffe der Vorredner.

Es entspinnt sich, obwohl man die erste Lesung debattelos vorübergehen lassen wollte, dennoch eine längere Aussprache über die Steuerpolitik, an der sich noch die Abgg. ten Hompel (Ztr.), Dr. Herz (U. S.), Becker-Hessen (D. Vp.), Düwell (Komm.) und Pohlmann (Dem.) beteiligen, dann geht der Entwurf an einen Ausschuß.

Allerlei aus aller Welt.

* **Deutsche Arbeiter in der Fremdenlegion.** Das Pariser sozialistische Blatt „L'Humanite" veröffentlicht einen Brief aus Algier, in dem die elende Lage der deutschen Arbeiter geschildert wird, die von französischen Werbern zum Eintritt in die Fremdenlegion verlockt worden sind. Es handelt sich um eine Anzahl von revolutionären Arbeitern, die während der Kämpfe im Ruhrgebiet vor den Regierungstruppen ins besetzte Gebiet flüchteten, wo sie von der französischen Militärbehörde entwaffnet wurden. Viele von ihnen unterschrieben damals ein Verpflichtungsschreiben, dessen Inhalt sie nicht kannten. Man hatte ihnen hohen Lohn versprochen und ihnen erklärt, sie würden bei den Arbeiten zum Wiederaufbau Nordfrankreichs verwandt werden. Dann wurden sie nach Afrika gebracht, wo man sie zwangsweise in die Fremdenlegion einreihte. Alle Proteste der auf so schamlose Weise betrogenen deutschen Arbeiter haben bis jetzt nichts gefruchtet.

* **Freiheit und Terror.** Nach der Reichsverfassung ist die Arbeit der höchste Schutz des deutschen Volkes, und die Freiheit der Arbeit soll unter allen Umständen geschützt werden. So steht es schwarz auf weiß zu lesen. Aber in Wirklichkeit mehren sich die Erscheinungen von Zwang und Terrorismus gegen alle Arbeitswilligen, die nicht mit den radikalen Elementen in eine Kerbe hauen wollen. Es ist bedauerlich, daß auch diese Klagen vorwiegend aus Norddeutschland kommen, während in Süddeutschland die Verhältnisse viel ruhiger erscheinen. Dabei kann nicht geleugnet werden, daß die terrorisierten Arbeiter etwas unwillliges verlangt oder getan hätten, was gegen die Grundsätze einer gesunden Kameradschaft und Solidarität verstieße.

* **Feuerkampf mit Räubern.** Durch die mutige Tat des Direktors Pfister von der Kaligewerkschaft Heygendorf in Thüringen mißlang ein Ueberfall auf die Kasse der Gewerkschaft. Zehn maskierte Räuber drangen mit vorgehaltenen Pistolen am Abend, als der Direktor mit noch vier Beamten im Kassenraum arbeitete, in denselben ein. Direktor Pfister warf sich sofort auf den vordersten der Banditen und suchte ihm die Pistole zu entwinden. Darauf schoß ein anderer Bandit, verwundete aber nicht den Direktor, sondern seinen Kumpan. Nunmehr ergriff die Bande die Flucht, verfolgt von den Beamten und anderen Mitgliedern der Belegschaft. Es entwickelte sich ein heftiger Feuerkampf. 500 Schritt vom Schacht entfernt fand man einen der Räuber sterbend auf, vier andere wurden in der Gegend von Allstedt zum Teil leicht verwundet festgenommen. Die ganze Bande stammt aus Halle und rekrutiert sich aus vorbestraften Verbrechern.

* **Politischer Mord an einem Inder.** Der 26jährige aus Ahluvala in Indien stammende Student Shio Del Singh wurde Freitag früh in der Wohnung seiner Schwiegereltern in Charlottenburg in seinem Bett erwürgt aufgefunden. Singh hatte in Deutschland studiert und die Tochter eines Charlottenburger Fabrikanten geheiratet. Infolge der Wohnungsnot wohnte das junge Paar bei den Schwiegereltern. Seit einiger Zeit schlief Singh, da er krank war, allein in einem Parterrezimmer, dessen Fenster nach der Straße gingen. Durch das Fenster sind die Mörder eingestiegen. Singh war während des Krieges im Dienste der deutschen Regierung tätig und gehörte einem Bund zur Befreiung Indiens an. Der Mord scheint politische Gründe zu haben, denn es sind nur Papiere und Schriftstücke, die sich auf diese politische Tätigkeit Singhs beziehen, geraubt.

Ein polnischer Waffentransport in Oberschlesien beschlagnahmt.

Die Nachrichten über die polnischen Putschvorbereitungen in Oberschlesien werden grell durch folgende Meldung beleuchtet, die der „Oberschlesische Wanderer" bringt: Freitag vormittag gegen fünf Uhr ist drei Kilometer südöstlich Ruptau ein polnischer Waffentransport beschlagnahmt worden. Auf vier Wagen sind 13 Maschinengewehre, 100 Handgranaten, 101 Wurfgranaten und 140 Kisten mit 5600 Schuß Munition von der polnischen Grenze aus dem Dorfe Czyssowsta herübergekommen. Die Waffen wurden von einer Streife der Abstimmungspolizei beschlagnahmt. Die sechs Begleiter, alles bekannte Polen aus Markowitz, sind entflohen. Der alliierte Kreiskontrolleur von Rybnik hat sich an Ort und Stelle begeben und die Untersuchung aufgenommen. —

Diese Nachricht wird durch die Interalliierte Kommission bestätigt, nur verschweigt diese in ihrer „Unparteilichkeit", daß es sich um einen zweifelsfrei polnischen Transport handelt.

— **Gemüse-Anbau.** Jetzt schon werden von großstädtischen Händlern bei den Produzenten sehr umfangreiche Abschlüsse in Frühlingsgemüse, besonders in Spargel, getätigt. Wenn man die Zeitungen aus den Gemüsebau-Gebieten durchliest, kann man zahlreiche Anzeigen finden, in denen Spargelerzeuger von 50—100 Morgen Anbaufläche von einem einzigen Käufer gesucht werden. Auf billige Preise wird man wohl wieder umsonst warten.

— **Wiederaufnahme des Frostwarnungsdienstes.** Der „Oeffentliche Wetterdienst" hat im laufenden Winter, zum erstenmal seit dem Ausbruch des Krieges, wieder einen Frostwarnungsdienst eingerichtet. Er setzt, wie das Landwirtschaftsministerium mitteilt, die Interessenten von bevorstehendem Frost und auch von bevorstehendem Tauwetter möglichst rechtzeitig in Kenntnis.

Betrifft: Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahlen zum Provinziallandtag und zum Kreistag.

Nachdem ich für die am 20. Februar d. J. stattfindenden Wahlen zum Provinziallandtag und zum Kreistag zum Wahlkommissar für den hiesigen Landkreis umfassenden Wahlbezirk ernannt worden bin, fordere ich hierdurch gemäß §§ 14 und 70 des Gesetzes, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, v. 3. Dezember 1920 (G. S. 1921 S. 1) zur Einreichung von Wahlvorschlägen auf. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Die Wahlvorschläge für die Provinziallandtagswahl müssen 15 Unterschriften von im Wahlkreise wahlberechtigten Personen tragen und sollen ein Kennwort enthalten, das auch der Name einer Partei sein kann. Eine Verbindung von Wahlvorschlägen findet nicht statt.

Bezüglich des Inhaltes der Wahlvorschläge bestimmt die Wahlordnung für die Provinzial-, Landtags- und Kreistagswahlen vom 31. Dezember 1920 (G. S. 1921 Seite 8) folgendes:

§ 18. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

§ 19. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihres Wohnortes und ihrer Wohnung beifügen.

Mit dem Wahlvorschlage sind einzureichen:

1. Die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen;
2. Die gemeindebehördliche Bescheinigung, daß die Bewerber am Wahltage das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, in der Provinz wohnen und vom Wahlrechte nicht ausgeschlossen sind;
3. Die gemeindebehördliche Bescheinigung, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen sind.

Die Gemeindebehörden haben die Bescheinigungen auf Antrag gebührenfrei auszustellen.

§ 20. Jeder Wahlvorschlag soll mit einem auf die Parteistellung der Bewerber hinweisenden oder einem sonstigen Kennworte versehen sein, das ihn von allen anderen Wahlvorschlägen in demselben Wahlkreise deutlich unterscheidet. Irreführende Kennwörter sind unzulässig.

Der Wahlvorschlag muß nach § 9 des Gesetzes, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen, in Verbindung mit § 17 des Landeswahlgesetzes einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die möglichst am Sitze des Wahlkommissars wohnen.

Für die Wahlvorschläge zur Kreiswahl finden die vorstehenden Bestimmungen gleiche Anwendung mit der Maßgabe, daß die Wahlvorschläge von 10 im Wahlkreise wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein müssen und daß in der Bescheinigung nach § 19 Ziffer 2 der Wahlordnung darzutun ist, daß der Bewerber im hiesigen Kreise wohnt.

Die Wahlvorschläge sowohl zum Provinziallandtag als auch zum Kreistag sind spätestens am 6. Februar d. J. bei mir einzureichen.

Als Beisitzer des Wahlausschusses, der nach §§ 25 und 70 des Gesetzes, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, vom 3. Dezember 1920 (G. S. 1921 Seite 1) zu bilden ist, habe ich nach Anhörung der Parteileitungen der politischen Parteien berufen die Herren:

Gemeindevorsteher Lauk-Obergreißlau,
Gemeindevorsteher Lugenhain-Stredau,
Kantor Wende-Hohenmölsen,
Dr. Carlson-Wildschütz,

als stellvertretende Beisitzer die Herren:

Rechnungsführer Böhme-Granschütz,
Bergarbeiter Hermann Clemens-Hohenmölsen,
Bergarbeiter Albin Haubenreißer-Teuchern,
Rittergutsbesitzer Thimey-Storkau.

Weißenfels, den 19. Januar 1921.

Der Wahlkommissar: Zimmermann, Landrat.

Der im Dienste der A. Rubeck'schen Montanwerke Grubenverwaltung Deuben stehende Grubenwachtmeister Otto Franz aus Wildschütz ist von mir unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs als Hilfspolizeibeamter für den Bereich der Gruben Marie b. Deuben, Emilie b. Tackau, Hedwig und Anna-Antonie b. Wildschütz einschließlich der dazu gehörigen Abraumbetriebe der Firma Polensky und Zöllner bestätigt worden.

Weißenfels, den 15. Januar 1921.

Der Landrat.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Auf Grund der Bestimmungen des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg v. 1. April 1919 über d. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, wonach Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht mehr beschäftigt werden dürfen und wonach an Sonn- und Festtagen in den offenen Verkaufsstellen grundsätzlich ein Geschäftsverkehr überhaupt nicht mehr stattfinden darf, sind für das Jahr 1921 folgende 10 Sonn- und Festtage als Ausnahmetage zugelassen und zwar der Neujahrstag, der erste Oster- und Pfingstfeiertag, der erste Sonntag in den Monaten Juli und Oktober, die vier letzten Sonntage vor Weihnachten und der letzte Sonntag im Monat Dezember.

An diesen Tagen dürfen die Verkaufsstellen bis 9½ Uhr vormittags offengehalten werden. Ferner darf der Betrieb des Handelsgewerbes in den Verkaufsstellen an den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten allgemein bis zur Dauer von 8 Stunden stattfinden. Die Geschäftsstunden haben an diesen drei Sonntagen spätestens ½ Stunde von dem Hauptgottesdienste zu endigen und dürfen frühestens ½ Stunde nach dessen Beendigung wieder beginnen. Die Verkaufsstellen dürfen über 6 Uhr abends hinaus nicht offengehalten werden.

Teuchern, den 19. Januar 1921.

Die Polizeiverwaltung. Schilling.

Kriegsanleihen

zum Reichsnotopfer werden hier nur noch bis zum 28. Januar 12 Uhr mittags angenommen. In Weißenfels erfolgt die Annahme bis 31. Januar.

Untereinnahme der Sparkasse des Landkreises Weißenfels.

Näther.

Verschönerungsverein.

Infolge dauernder böswilliger Beschädigung des Steges über die Rippach jenseits der Eisenbahn bei Runthal wird dieser bis auf weiteres am Dienstag, den 25. Januar 1921 entfernt und der Weg gesperrt.

Der Verschönerungsverein Teuchern.

2 Gänse sind zu verkaufen

Vorwerk Lagnitz, Otto Fischer.

Sonnabend abend ist ein **schwarzer Pinscher** entlaufen. Wiederbringer erhält **20 Mk. Belohnung. Probsteistr. 12.**

Drucksachen

werden schnell und billig angefertigt bei

Otto Lieferenz.

Nachlaßversteigerung.

Am **Freitag, den 28. ds. Mts.** nachm. 3 Uhr werde ich im Norddeutschen Hof eine sehr gute

vollst. Wohnungseinrichtung

als:

2 Sofas, 2 Kleiderschränke, 1 Vertiko, 1 großen Spiegel, 1 Salontisch, 1 Liegestuhl, 3 Stühle mit Rohrsitz, 1 Uhr, 1 Nähmaschine, 1 Kronleuchter, 1 Teppich, 1 Kommode, 1 Küchenschrank, Tisch, 2 Stühle, Eimerschrank und Wandborte, 1 Bettstelle mit Matratze, 2 Federbetten dazu, sämtliche Bettwäsche, 1 großen Posten Leib-, Tisch- und Küchenwäsche, 1 Herren- und Damenpelzkragen, sowie Kleidungsstücke, 1 Spieluhr, 1 Zither, Romanbücher und verschiedene andere Sachen mehr

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern

Wojewoda,
Gerichtsvollzieher.

Neubestellungen

auf den Wöchentlichen Anzeiger f. Teuchern

werden von allen Briefträgern und Austrägern und in unserer Geschäftsstelle für **den Monat Februar** entgegengenommen.

Husten, Heiserkeit, Katarrhe, werden erfolgreich bekämpft durch **Wawil-Tabletten.** Nur echt in der Drogerie von **Herm. Pohle und Curt Eitze, Oberstr.**

Tinte in allen Farben und versch. Flaschengrössen, **Stempelfarbe, Stempelkissen** eingetroffen bei **O. Lieferenz.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119210125-13/fragment/page=0003

Lichtspiele „Weisse Wand"

Achtung! Nur 2 Tage Achtung!

Das herrliche Doppelschlagerprogramm

Dienstag, den 25. u. Mittwoch den 26. Januar

D. sterbende Salome

Zigeuner- und Sensations-Drama

ferner der wunderbare Detektiv-Schlager

Die Complizen von Ginatur

Detektiv-Drama in 5 Akten.

Vorführung 5³⁰ und 8 Uhr.

Mittwoch 3 Uhr Kindervorstellung.

Arbeitsnachweis Teuchern.

Amtliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Geschäftszeit: 8½ bis 1 Uhr.

Gesucht werden:

8 Mägde, 1 Kleinknecht nach auswärts, 1 Schuhmachergeselle für Maßarbeit, 2 kräftige, einheimische über 21 Jahre alte, 1 verheiratete Abraumarbeiter, 1 älteren Schmied.

Stellen suchen:

3 Dienstmädchen nach Teuchern, 2 Arbeiterfamilien, 1 kriegsbeschädigter Hofmeister, 1 Schuhmacherlehrling, 1 Tischlerlehrling, 1 Ostermädchen.

---

35 000 Mk.

zwecks Ablösung der 2. Hypothek auf gut verzinsl. großes Grundstück in Halle gesucht. Offert. erb. unt. H 100 an die Geschäftsst. d. Bl.

S. MARKE SALAMANDER

Durch Qualität und Preiswürdigkeit hat sich der **Salamander-Stiefel** den Weltmarkt erobert.

Wer Salamander-Stiefel trägt, besitzt ein Erzeugnis v. höchster Vollendung.

Salamander-Stiefeln werden heute so vollkommen wie je ihrem alten guten Ruf gerecht. Die **Marke Salamander** ist in der ganzen Welt eingeführt und vom **kaufenden Publikum bevorzugt.**

Beachten Sie . . . . . meine Schaufenster.

Alleinverkauf

Rud. Ziegler Nachf.

Capern,
getrocknete Steinpilze,
geräucherten Lachs,
Oelsardinen,
Heringe in Gelee

empfiehlt **Ferd Gresse.**

Krössuln

Sonntag, den 20. Februar findet mein

Preisskat

statt.

Walther, Gastwirt.

Lehmann: Tag, Schulze, hajse schon gehört?
Schulze: Was denn?
Lehmann: Die Woche is bei Neppus wieder allerhand los, heute sin de Böösinnigen un Sonnabend un Sonntag is weder das

1. Bockbierfest

seit dem Kriege.

Schulze: Wer is denn Neppus?
Lehmann: Sei Freund Schaumkleeks hat'n so getof, den brauchste blos mal zu fragn.
Schulze: Ach de menst wohl den Wert im „Norddeutschen?" aber der sieht mir garnicht so aus.
Lehmann: Ja mir och, kann sinn, daß Streichrimen nich Allemal Recht hat.
Schulze: Gibts denn wieder Bockbier?
Lehmann: Du aber was für welches, **Ölzler Bock** un wie immer das feine **Stephanbräu** 13 Proz.
Schulze: Meenste, daß's sich verlohnt mal hinzugehn?
Lehmann: Selbstverständlich, warum soll mer denn das gute Bier blos den Feinschmeckern überlassen.
Schulze: Na schön, treffa mer uns dorte un heben mal vom richtigen, gefehlt hat uns so e guter Steff schone lange.

Konditorei : und Café :

Br. Billhardt

Fernsprecher 356.

Mittwoch, den 26. Januar

von abends ½8 Uhr

Künstler-Konzert

Angermanns Restaurant.

Sonntag, den 30 Januar

Grosser Preisskat.

Es ladet freundlichst ein **E. Angermann.**

Feinster Java-Bruchreis Pfd. 3.20 Mk.

Rang.-Vollreis 1 Pfd. 3.60 Mk.

feinste Tafelmargarine lose Pfd. 13.25 Mk. 1 Pfd.-Würfel 13.50 Mk.

feinster Kunsthonig Pfd. nur 6.— Mk.

Kernseife ca 300 Gramm Riegel 5.— u. 6.— Mk.

empfiehlt

Thams u. Garts.

Restaurant Gröben

Sonnabend, d. 29. u. Sonntag, d. 30. Jan.

gr. Bockbierfest

Für gute Unterhaltung ist gesorgt
Hierzu ladet freundlichst ein

A. Arlt.

Ia Kalif-Bruch-Reis,
Ia Rangoon Tafel-Reis,
Ia Viktoria-Erbsen,
Ia weisse Rangoon-Bohnen,
Ia Linsen

hat billigst anzubieten **Rob. Näther.**

Der Feinschmecker bevorzugt stets

Felsche,

Schokolade Kakao

Alleinverkauf **Bruno Billhardt.**

Rangoon-Vollreis

a Pfund 4,40

empfiehlt **Ferd. Gresse.**

Hausgrundstück oder Restgut

in der Nähe von Teuchern von zahlungsfähigem Selbstkäufer zu kaufen gesucht.

Werte Offerten unter **L. F. 100** an die Geschäft. d. Ztg.

Licht (U.T.) Spiele

Gröben-Nessa

Unternessa: Mittwoch, den 26. Januar 7½ Uhr **Abendvorstellung**
3 Uhr **Jugendvorstellung**

Gröben: Donnerstag, den 27. Januar 7 Uhr **Abendvorstellung**

Mia May — **Die Herrin der Welt** — Mia May

III. Teil.

Der Rabbi von Kuan-Fu

Handlungsweise in China. In 6 Riesen-Akten.

Achtung! Voranzeige. Achtung!

Sonnabend und Sonntag, den 29. und 30. Januar 1921

der erste Film der Deka Weltproduktion der Saison 1920/1921

Carola Toelle in **Carola Toelle**

Tötendes Schweigen.

Wirrhaar

kauft zu den höchsten Preisen **Albert Herrmann,** Friseur.

Ehrenerklärung.

Die Beleidigung, welche ich gegen Herrn Paul Häuber ausgesprochen habe, nehme ich hiermit für unwahr zurück.

Ernst Hofmann.

Hoffläuse mit Brut

vernichtet verblüffend

Goligniß

5-fach stark, geruchlos, in Apotheken und Drogerien.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung dargebrachten Gratulationen und Geschenke danken herzlichst

Paul Gottschling u. Frau
Frida geb. Pfingst.

Dank.

Die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Ableben unseres lieben Vaters, des Lehrers i. R. Herrn

Hugo Franz

waren uns ein Trost in diesen schweren Stunden und sprechen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank aus.

In tiefer Trauer

Familien Franz u. Britting.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Liefereuz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119210125-13/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 50 Pfg. Reklamezeile 100 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 6,00 Mk. und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 20 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 11 | Dienstag, den 25. Januar 1921 | 60. Jahrg

Weltmarkt-Krisis.

Die ungeklärten und ungesunden, ja direkt unnatürlichen Verhältnisse, die sich nach dem Weltkriege einstellten, beginnen sich zu rächen. Die Lage war schon geraume Zeit scharf zugespitzt, sie wird jetzt drohend. Die internationale Spekulation, die die durch die Kriegszeit schon so hart mitgenommene Menschheit noch wie eine Zitrone auspressen wollte, hat den Bogen überspannt, es ist soweit, daß er brechen muß, wenn keine anderen Seiten im Geschäftsverkehr aufgezogen werden. Wie und in welcher Form das bewerkstelligt werden soll, läßt sich allerdings nicht so schnell entscheiden. Nur soviel steht fest, daß etwas geschehen muß, wenn nicht aus der schleichenden Krisis eine plötzliche Katastrophe werden soll.

Es war schon gegen Ende des Weltkrieges erkennbar geworden, daß in den verschiedensten Ländern, die nicht vom Kriege in direkte Mitleidenschaft gezogen waren, große Warenmengen angehäuft waren, die bei Wiedereintritt des Friedens mit größtem Nutzen an den Mann gebracht werden sollten. Aber die Etablierung des Friedens gestaltete sich viel langsamer, als erwartet worden war, und die Völker erwiesen sich auch viel weniger kaufkräftig, als die Spekulanten erwartet hatten. So mußte es dahin kommen, daß die gehamsterten Waren nicht abnahmen, sondern sich immer weiter vermehrten. Als erschwerend trat dann der Valutasturz ein, der besonders auch das früher so kaufkräftige Deutschland zu äußerster Zurückhaltung zwang. Endlich machten sich noch die Kriegssteuern überall, selbst in England und Amerika, bemerkbar, so daß selbst bemittelte Personen die Freude am Kaufen verloren. Der unvermeidliche Schluß war, daß die Waren und Fabrikate als nicht absatzfähig mit einem Zinsenkonto belastet wurden, das die Gewinnchanzen auf einen tiefen Stand herunterdrückte. Die Krisis war da.

Sie wird heute nicht nur auf dem Warenmarkt, sondern auch auf dem Geldmarkt, an den Börsen, empfunden, und endlich in der Industrie, in der wegen der Absatzstockung sich die Arbeitslosigkeit steigert ...

Valuta und Weltmarktpreise.

Sinken der Getreidepreise in Amerika.

Die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats schreibt in ihrem Bericht über die letzte Woche: Die Valuta-Verhältnisse spielten auch in der verflossenen Woche in Amerika wie am gesamten Weltmarkt eine besondere Rolle: die Besserung der Mark und des Pfund Sterling hatte drüben, wenn auch unter Schwankungen noch weitere Fortschritte gemacht. Ob dadurch die Anschaffungen Deutschlands noch weiter verstärkt wurden, ist nicht bekannt. Die Weizenpreise gingen in Neuyork für Lokoware im Laufe der Berichtswoche etwas zurück.

Von Argentinien liegt die erste amtliche Schätzung seiner neuen Ernte vor, die für Weizen unerwartet viel geringer ist, als in 1919-20. In England glaubt man in Handelskreisen diese niedrigen Schätzungen anzweifeln zu dürfen, man nimmt wohl an, daß dadurch eine Anregung für die noch mangelnde Ausfuhrfrage gegeben werden soll. Auch die erste Uebersicht der neuen australischen Weizenernte wird diesmal gemeldet, die gegenüber der vorjährigen Weizenernte diesmal das Dreifache an Weizen schätzt. Die diesjährige Ausfuhrtätigkeit Australiens wird hoch geschätzt.

Preisnotierungen.

Getreidenotierungen in M. je To., umgerechnet zu dem jeweiligen Wechselkurse. Die Zahlen in Klammer geben in M. das Steigen (+) bezw. Sinken (—) der Preise im Vergleich zur Vorwoche an.

Chicago, den 18. Januar: Weizen März 5986 (— 701), Weizen Mai 3795 (— 62), Mais Mai 1700 (— 367).

Berlin, 20. Januar. Mais loko frei Kaiwaggon Hamburg Januar 151 (—8), Februar-März 147 (—11). März-April 147.

Kartoffelpreise der Notierungskommissionen. Erzeugerpreise für Speisekartoffeln in M. je Ztr. ab Verladestationen.

Berlin, 15 Januar: weiße, rote und gelbe 38—40; Hamburg, 20. Januar. weiße und rote 40—46, gelbe 46 bis 50; Magdeburg, 10. Januar: weiße 36—38, rote 34 bis 37, gelbe 38—40; Hannover, 17. Januar: Infolge Witterung kein nennenswerter Umsatz; Preise nominell 38—40; Breslau, 20. Januar: Speisekartoffeln 34, unverlesene 24.

Rußland und wir.

Reichsminister Dr. Simons über unsere Beziehungen zu Rußland.

Auf eine Interpellation der Unabhängigen hielt am Freitag der deutsche Minister des Aeußeren Dr. Simons eine sehr bemerkenswerte, grundlegende Rede, die die Verhältnisse zwischen uns und Rußland sachlich, eingehend und klar, ohne jede Leidenschaft auseinandersetzte.

Der Minister stellte fest, daß es für Deutschland eine Lebensfrage ist, in geregelte wirtschaftliche und politische Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar zu kommen. Aber nicht unsere Schuld ist es, daß dem nicht so ist. Zunächst bieten die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands ein Haupthindernis: Das heute in Rußland herrschende System hat auf wirtschaftlichem Gebiet vollkommen versagt. Rußland ist nicht mehr in der Lage, in einen Warenaustausch mit dem Ausland zu treten, weil es dem Ausland nicht die geringste Sicherheit für eine Gegenleistung zu bieten vermag. Die gigantischen russischen Aufbauprojekte, die den Minister nach seiner Rückkehr von Spa zu seinem bekannten optimistischen Urteil über Rußlands Wiederaufbau veranlaßt hatte, sind auf dem Papier geblieben.

Ferner hindert die Entente durch ihre Blockade- und Randstaatenpolitik gewaltsam die Verbindung Rußlands mit Europa. Das Schwarze Meer und die Ostsee sind abgesperrt, zwischen Deutschland, dem einzigen, naturgemäßen Durchgangsland zwischen Rußland und dem Westen, und Rußland sind durch die Bildung der Randstaaten künstliche Barrieren geschaffen. Mit dem wichtigsten Randstaat, Polen, können wir zu keiner wirtschaftlichen Verständigung kommen, solange die Polen uns Deutschen soviel politische Schwierigkeiten, besonders solange sie Gewaltabsichten für Oberschlesien hegen. Dennoch hält der Minister eine Verständigung und Beseitigung der Schwierigkeiten für möglich.

Weitere Hindernisse eines Wirtschaftsverkehrs zwischen Deutschland und Rußland sind einmal der völlige Zusammenbruch des russischen Transportsystems, zum andern aber die in Rußland herrschende kommunistische Wirtschaftsweise, die den Privathandel gänzlich verbietet, und den wirtschaftlichen Verkehr deutscher Privatfirmen oder gewerkschaftlicher Unternehmungen mit Rußland große Schwierigkeiten bereitet.

Sehr starke Hemmnisse liegen im diplomatischen Verhältnis beider Länder zu einander. Durch den Vertrag von Brest-Litowsk haben wir die Sowjet-Regierung anerkannt, durch die Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach im Juli 1918 sind die Beziehungen aber wieder unterbrochen. Die russische Regierung hat uns hierfür bis jetzt noch keine Genugtuung gegeben, sondern auf unsere Bemühungen stets ausweichend oder gar nicht geantwortet. Die Art, wie die russischen Vertreter in Deutschland (siehe Sinowjew und Losowsky) regierungsfeindliche politische Propaganda treiben, ist ein Mißbrauch des Gastrechts, das wir nicht dulden können.

Dagegen haben die Regierenden in Rußland es durch allerlei Schwierigkeiten verhindert, daß auch nur eine einzige deutsche technische Kommission nach Rußland hineinkam, die einzig und allein die Möglichkeit der Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen beider Länder prüfen und fördern sollte.

Voraussetzung für die Verstärkung des Warenaustausches beider Länder ist, daß Rußland mehr Gegenwerte liefert, daß das russische Verkehrswesen verbessert wird, daß der ganze Osten aufhört, ein ständiger Kriegsschauplatz zu sein, daß der Frieden im Osten nicht durch dauernde politische Treibereien gestört wird, daß die bolschewistische Propaganda in Deutschland, wie sie noch jetzt z. B. in den Interniertenlagern heftig betrieben wird aufhört.

Doch wir brauchen uns nicht zu beeilen, das Geschäft mit Rußland unter Dach und Fach zu bringen, damit uns keine andere Macht zuvorkommt. Keine Macht wird solche Verhandlungen ohne Deutschland durchführen können, ohne deutsche Arbeit wird niemand mit Rußland fertig. Allerdings darf der deutsche Boden kein Aufmarschgebiet von Gewaltmaßnahmen gegen die russische Regierung sein. Es ist weder unsere Aufgabe, die Sowjetregierung zu stürzen, noch sie zu stützen. Wir müssen nur dafür sorgen, daß das russische Volk mit dem unseren aus dem wirtschaftlichen Elend herauskommt. Um die innerpolitischen russischen Verhältnisse kümmern wir uns nicht, das gleiche fordern wir von der russischen Regierung uns gegenüber. Wenn jeder sich politisch in seinen Grenzen hält, können wir uns die Hand reichen.

Polens Rüstungen.

Der polnische Aufmarsch an der deutschen Ostgrenze.

Der „Ostpreußischen Zeitung" wird von bestunterrichteter Seite über den polnischen Aufmarsch noch das folgende gemeldet:

An den deutschen Grenzen sind zwei Hauptgruppen im Aufmarsch begriffen, die eine gegen Ostpreußen, die andere gegen Oberschlesien. Die ostpreußische Hauptgruppe besteht aus zwei Untergruppen, von denen die eine im Korridor, die andere an der ostpreußischen Grenze im Raume Grajewo—Lyck versammelt wird. Die Korridorgruppe besteht aus der 16. westpreußischen Division, Teilen der 8. Division, der sibirischen Brigade und einem höheren Kavallerieverband. Die 11. Haller-Division soll im Anrollen sein. Nach ihrem Eintreffen wären somit im Korridor 3¼ Divisionen und ein höherer Kavallerieverband in einer Gesamtstärke von mindestens 55000 Mann versammelt. An der Ostgrenze Ostpreußens stehen die 2 Legionsdivisionen, die 4. und 20. Division sowie die 1. und 8. Kavalleriebrigade in einer Gesamtstärke von mindestens 45000 Mann.

Die schlesische Hauptgruppe besteht anscheinend aus drei Untergruppen, von denen die eine im Südteil der Provinz Posen, die 2. an der Ostgrenze und die 3. an der Südgrenze Oberschlesiens versammelt wird. Die Posener Untergruppe besteht aus der 14., 15. und 17. großpolnischen Division und zwei Reservebrigaden zu drei Regimentern. Kavallerie ist im Anrollen. Im Ganzen dürften demnach 56—60000 Mann der besten und kriegstüchtigsten polnischen Truppen bereit stehen. An der Ostgrenze Oberschlesiens sind die 1. und 3. Legionsdivision, die 6. und 21. Division in einer Gesamtstärke von mindestens 50000 Mann versammelt, während an der Südgrenze die polnische Gorska-Division in voller Stärke, die 5., 7., 10. und 13. Division mit Teilen festgestellt worden sind.

Außer diesen regulären Divisionen, deren Gesamtstärke mit fast 280000 Mann angenommen werden kann, sind noch irreguläre Truppen sowohl in Westpreußen, Posen wie in Oberschlesien in der Aufstellung begriffen. Den Oberbefehl über die gesamten an den deutschen Grenzen versammelten Truppen führt der bekannte General Haller, dessen Stab sich in Krakau befindet. Die Führer der verschiedenen Untergruppen sind angeblich in Oberschlesien-Süd General Latinik, Oberschlesien-Ost General Berbecki, Posen General von Raczewski, Korridor General Skuzynski und Ostpreußen-Ost General Januszaitis.

Polnische Dementierversuche.

Diese Meldung bringt nur eine Bestätigung von zahlreichen anderen, von einander unabhängigen und dennoch einander bestätigenden Pressemeldungen von der gesamten deutschen Ostgrenze, die ja auch von den deutschen amtlichen Stellen als zutreffend bezeichnet worden sind. Das Bekanntwerden dieser polnischen Pläne scheint in Warschau ziemlich berührt zu haben, man fühlt sich scheinbar noch nicht sicher und läßt die Dementiermaschine los. Doch sind alle polnischen Dementis, jetzt gibt auch die Berliner polnische Gesandtschaft etwas heraus, mehr als lendenlahm die Hauptsache, nämlich die Tatsache von umfangreichen Truppenbewegungen, leugnen sie nicht ab. Die Bewegungen sollen aber nicht mit Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland zusammenhängen, sondern Demobilmachungsmaßnahmen sein. Es ist aber doch mehr als unwahrscheinlich, daß so starke polnische Truppen, deren Mannschaften größtenteils aus ganz anderen Gegenden des Reiches stammen, ausgerechnet an der oberschlesischen Grenze demobilisiert werden. Die Dementis sind ja auch hauptsächlich für die „Schutzmächte" Oberschlesiens bestimmt, bei deren bekannter „Unparteilichkeit" sie wohl auch die beabsichtigte Wirkung haben werden. Uns Deutsche hat aber leider die Erfahrung gelehrt, daß solche polnische Dementis auf demselben Niveau stehen wie die polnische Valuta und die polnische Wirtschaft.

Paris und Brüssel.

Das Programm der Pariser Konferenz.

Ueber die Gegenstände, die auf der Pariser Konferenz verhandelt werden, schreibt „Daily Chronicle", nach Beschluß des Londoner Kabinetts die Frage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119210125-13/fragment/page=0005
DFG